



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

RECHT UND GERECHTIGKEIT (PiS) – ENTWICKLUNGEN UND MUSTER

- **ANALYSE**
Recht und Gerechtigkeit (PiS) – unkoordinierter Flügelschlag
Jarosław Flis, Krakau 2
 - **TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT**
»Welche Partei würden Sie wählen?« 7
-
- **CHRONIK**
Vom 6. bis zum 19. November 2012 11

*Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung
der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit*



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT



Recht und Gerechtigkeit (PiS) – unkoordinierter Flügelschlag

Jarosław Flis, Krakau

Zusammenfassung

Im Herbst 2012 übernahm die Partei *Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)* in Meinungsumfragen die Führung und beendete damit die seit fünf Jahren bestehende demoskopische Vorherrschaft der *Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO)*. Auch wenn weitere Umfragen die Tendenz schon wieder umkehrten, wurde diese Tatsache zu einem wesentlichen Aspekt in der öffentlichen Debatte in Polen. Um die gegenwärtige Lage und deren mögliche Konsequenzen zu analysieren, muss man noch in die Zeit vor der Entstehung von *PiS* (gegründet 2001) zurückblicken. Ihr Vorsitzender Jarosław Kaczyński, Ministerpräsident in den Jahren 2006/2007 und eine Schlüsselfigur für ein politisches Phänomen, wurde schon zu Anfang der Systemtransformation zu einer öffentlichen Person. Diese fernere Vergangenheit verwebt sich mit den Ereignissen der letzten zehn Jahre und prägte ein bis heute bestimmendes Muster aus.

Die ersten zehn Jahre des Engagements von Jarosław Kaczyński lassen sich nicht als eine Kette von Erfolgen bezeichnen. Einzelheiten sind hier nicht so wesentlich wie die Charakteristika seiner Erfahrungen und der Reaktionen, die Kaczyński bei den Akteuren des politischen Lebens hervorrief. Die eigenen Erfahrungen waren vor allem von der Enttäuschung über den liberaleren Teil des *Solidarność*-Lagers gekennzeichnet, der dem aktuellen Mainstream näher steht. Den stärksten Akzent setzte hier der Streit mit Lech Wałęsa. Jarosław Kaczyński war einer seiner engsten Mitarbeiter während der Präsidentschaftswahlen 1990 und sie trennten sich in einem scharfen Konflikt. Wesentliche Bedeutung hatte auch die Erfahrung des Auseinanderbrechens der Partei *Zentrumsallianz (Porozumienie Centrum – PC)*, die von Kaczyński 1990 ins Leben gerufen worden war und von ihm geführt wurde. Sie gründete auf der Hoffnung, die transformationsbedingten Veränderungen beschleunigen und mit dem Erbe des überwundenen Systems radikal brechen zu können. Dazu gehörten auch die Kompromisse mit dem postkommunistischen Lager, die in den Gesprächen am Runden Tisch (1989) geschlossen worden waren. Die Partei wurde als ernstzunehmende Regierungsanwärterin in Polen wahrgenommen und war eine der Säulen der Regierung von Ministerpräsident Jan Olszewski, die nach den ersten demokratischen Parlamentswahlen 1991 gebildet worden war. Diese Regierung wurde unter dramatischen Umständen im Juni 1992 gestürzt.

Von Anfang an liefen eine Reihe von Initiativen von Jarosław Kaczyński nach einem ähnlichen Schema ab: zuerst eine Radikalisierung der Rhetorik, dann interne Konflikte, die zu Spaltungen führten. Daraus ergab sich Kaczyńskis politische Marginalisierung, die von den Wahlen 1993 bis zum Jahr 2001 währte. Seine Lage wurde durch die Erfahrung von Niederlagen, die ein Ergebnis interner politischer Auseinandersetzungen waren, geprägt, aber auch durch seine Rolle als »schwar-

zer Charakter«, die er in einflussreichen linksgerichteten Medien spielte. Seine Antwort war eine radikale Botschaft an das postkommunistische Lager. Dieses reichte für Kaczyński über die Partei *Sozialdemokratie der Republik Polen (Socjaldemokracja Rzeczypospolitej Polskiej – SdRP)*, später *Demokratische Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD)* hinaus – es umfasste nach seiner Überzeugung auch den Teil des *Solidarność*-Lagers im Umkreis der *Demokratischen Union (Unia Demokratyczna – UD)* und später der *Freiheitsunion (Unia Wolności – UW)*. Gleichzeitig gelang es ihm, einen Kreis ergebener Mitarbeiter um sich herum zu scharen und Menschen, die seine Fähigkeit zur politischen Analyse schätzten und seine politischen Diagnosen teilten. Das Echo dieser Erfahrungen beeinflusste die spätere Strategie und das Verhalten sowohl von Jarosław Kaczyński als auch der Partei, an deren Spitze er steht.

Wiedergeburt

Die Partei *PiS* ist das Ergebnis des Zerfalls der Gruppierungen, die den institutionellen Rahmen des postkommunistischen Polen gebildet und das Land in den ersten Jahren nach 1989 dominiert hatten. Aufgebaut wurde *PiS* um den späteren Staatspräsidenten Lech Kaczyński, der für kurze Zeit Justizminister in der von der *Wahlaktion Solidarność (Akcja Wyborcza Solidarność – AWS)* gebildeten Regierung unter Jerzy Buzek war. Im Verlauf dessen Amtszeit kam es zur Spaltung innerhalb der die Regierung bisher unterstützenden politischen Kräfte. Eine neue Initiative sollte einen Teil der *AWS*-Abgeordneten auffangen, als die Sympathiewert dieser Gruppierung vor den bevorstehenden Wahlen zu fallen begannen.

Zur selben Zeit entstand auch eine andere Partei, nämlich die *PO*, die die dominierende Partei der aktuellen Regierungskoalition ist. Ihre Gründung stand ebenfalls im Zusammenhang mit dem Zerfall der *AWS*, aber mehr noch der *UW*, der zweiten Partei der Regie-

rungskoalition von 1997 bis 2001. Die *PO* integrierte also ebenfalls gern *AWS*-Abgeordnete, zwar nicht als Akteure in der ersten Reihe, aber als diejenigen, die die lokalen Strukturen der neuen Formation vor den Parlamentswahlen 2001 schufen. Manche von ihnen wie Bronisław Komorowski, Jan Rokita oder Paweł Graś besetzten später Schlüsselfunktionen in der Partei und anderen Ämtern.

Dieses gemeinsame Schicksal verband *PiS* und *PO*. Zu einem großen Teil verband sie auch die Bewertung der politischen Lage, insbesondere als Oppositionsparteien gegenüber der Regierung aus *SLD* und *Polnischer Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL)* nach den Wahlen 2001. Ihren stärksten Ausdruck fand diese Gemeinschaft im Jahr 2002, also ein Jahr nach Gründung dieser beiden Parteien, als *PiS* und *PO* gemeinsame Wahllisten für die Wahlen der Woiwodschaftsparlamente (*sejmik*) aufstellten. Die vereinten Kräfte zeigten aber ein deutlich niedrigeres Ergebnis als erwartet, woraus der Schluss gezogen wurde, dass ein gemeinsamer Start in zukünftigen Wahlen für beide Parteien eine Belastung wäre und die Möglichkeiten, die Wählerschaft zu erweitern, beschränken würde. Ein wichtiger Erfolg für *PiS* in den Selbstverwaltungswahlen war allerdings der Sieg von Lech Kaczyński bei der Wahl des Stadtpräsidenten von Warschau.

So wie der Zerfall eines der Lager der politischen Trennlinie (postkommunistisch-postsolidarność) zur Entstehung von *PO* und *PiS* beitrug, so erhielten sie durch den Zerfall des postkommunistischen Lagers in den Jahren 2003 bis 2005 eine dominierende Rolle auf der politischen Bühne. Das erste Signal war die Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2004, die stattfand als das Chaos auf der politischen Bühne seinen Höhepunkt erreichte – die Sperrklausel überschritten acht Wahllisten, mehr als jemals zuvor in den Wahlen nach 1991. Diese Wahl gewann die *PO*, sie erhielt allerdings weniger als ein Viertel der Stimmen. *PiS* besetzte den dritten Platz mit etwas mehr als halb so viel Unterstützung. Damit hatte *PiS* zwar die *SLD* überholt, vor ihr lag aber die konservativere und europaskeptische *Liga der Polnischen Familien (Liga Polskich Rodzin – LPR)*. Der Niedergang der *SLD* und ihr Zerfall führten dazu, dass *PO* und *PiS* insgesamt 50 Prozent der Stimmen bei den Parlamentswahlen im Jahr 2005 erhielten.

Neue Konfigurationen

Die Parlamentswahlen 2005 und die fast gleichzeitigen Wahlen des Staatspräsidenten, in der sich die führenden Köpfe beider Parteien, Donald Tusk und Lech Kaczyński, miteinander maßen, führten dazu, dass der Plan einer gemeinsamen Regierung aufgegeben wurde und völlig neue politische Konzeptionen entstanden. In

dieser neuen Situation ging es *PiS* und *PO* nicht mehr darum, gemeinsam das Regierungslager zu stellen, sondern die politische Bühne untereinander aufzuteilen, indem sie antagonistische Lager bildeten. Eine solche Umkehr führte zu einer tiefen emotionalen Spaltung zwischen beiden Seiten, wobei jede der anderen dafür die Schuld gab. Man kritisierte beim anderen die übermäßigen Ambitionen und den Willen, den weniger erfolgreichen Partner zugrunde zu richten, und erklärte gleichzeitig den eigenen Willen, die andere Seite dominieren und in die Opposition drängen zu wollen, zur selbstverständlichen Tatsache.

In der ersten Runde dieser neuen Konstellation fiel der Sieg *PiS* zu. Lech Kaczyński gewann die Wahlen für das Amt des Staatspräsidenten. Bei der Wahl des Sejm hatte *PiS* entgegen früherer Umfragen jedoch nur einen geringen Vorsprung gegenüber der *PO*. In den Wahlspots attackierte *PiS* das Programm der *PO*. Diese Strategie entzog nicht nur der *PO* Wähler, sondern auch radikaleren Gruppierungen im rechten Lager, allen voran der *LPR*. Das Ergebnis des Wahlsiegs war die Regierungsbildung, in die angesichts des aufgegebenen Plans, mit der *PO* zusammenzuarbeiten, schrittweise zwei kontroverse Parteien eingebunden wurden, die *LPR* und die *Selbstverteidigung (Samoobrona)*. In programmatischer Hinsicht waren sie nicht weit voneinander entfernt, sie waren aber vorher aufgrund ihrer Radikalität und Unberechenbarkeit von den übrigen Parteien isoliert gewesen. Als Schlüssel zur Zusammenarbeit und Bildung einer Koalition erwiesen sich die sozialpolitischen Fragen und die Anti-Establishment-Haltung sowie im Fall von *PiS* und *LPR* auch die konservative Einstellung.

Eine solche politische Konfiguration führte zu zwei Phänomenen. Einerseits versuchte *PiS*, eine neue Einteilung der politischen Bühne herbeizuführen, nämlich die Unterscheidung zwischen dem »solidarischen Polen« und dem »liberalen Polen«. Das »solidarische Polen« sollte den größeren Teil der Wählerschaft umfassen und *PiS* das selbständige Regieren ermöglichen, indem *PiS* die Wähler und einen Teil der Akteure der beiden kleineren Koalitionspartner übernimmt.

Der Versuch, eine solche Einteilung zu definieren, hatte aber auch noch eine andere Wirkung. Es zeigte sich, dass sich alle negativen Emotionen der Hauptströmung der Medien, meinungsbildender Kreise sowie der gemäßigten konservativen Wähler, die vorher auf *LPR* und *Selbstverteidigung* gerichtet worden waren, nun auf *PiS* konzentrierten. Ein wesentlicher Teil der negativen Vorstellungen wurden von *Selbstverteidigung* und *LPR* auf die die rechte Seite der politischen Bühne dominierende Partei umgelenkt.

Bei dieser Übertragung negativer Emotionen halfen den Gegnern von Jarosław Kaczyński frühere Vorstel-

lungen von ihm, die in den Jahren 2001 bis 2005 nicht mehr so stark präsent gewesen waren. Hinzu kam, dass die Beziehungen in der Koalition dynamisch und voller Spannungen waren. Die von *PiS* begründete Koalition erwies sich als unbeständig, was 2007 zu vorgezogenen Wahlen führte, und zwar infolge einer gemeinsamen Abstimmung von *PiS* und *PO* über die Auflösung des Sejms.

Seitdem befindet sich *PiS* in der Opposition, und auf ihre politische Geschichte der folgenden fünf Jahre nahmen zwei miteinander verflochtene Fäden Einfluss. Der erste sind die Beziehungen zwischen den Parteiflügeln, d. h. zwischen den Strategien, sich um das rechte Lager zu kümmern oder sich der Mitte anzunähern. Ein Trost nach den verlorenen Wahlen 2007 und dem Machtverlust zugunsten der *PO* war für *PiS* die Erweiterung der Wählerschaft im Vergleich zu den Wahlen von 2005 durch die Verdrängung der beiden kleineren Koalitionspartner, *Selbstverteidigung* und *LPR*, von der politischen Bühne. Diese waren allgemein als schädliche Elemente in der Politik betrachtet worden und niemand weinte ihnen nach.

Zwei Strategien

Das Bemühen um das äußerst rechte Lager bis zur »rechten Wand«, d. h. Ausschaltung der Konkurrenz seitens konservativerer oder Anti-System-Parteien, machten aus *PiS* den größten Opponenten des Establishments. Die Schwierigkeit bestand dabei darin, dass sich das postkommunistische Lager ebenfalls in Opposition zur Regierung von *PO* und *PSL* befand. Doch nicht einmal die Schwierigkeit einer erweiterten Definition des Gegners änderte die Tatsache, dass die Aufrechterhaltung einer solchen Position auf der Landkarte der politischen Teilungen eine bestimmte Herangehensweise erforderte. Dies war die Strategie, eine eindeutige Botschaft zu verkünden, d. h. der politische Konflikt in Polen wurde als Ausnahmezustand definiert und den politischen Widersachern wurden Todsünden vorgeworfen, wie das Auseinanderfallen der polnischen Nation, der Ausverkauf des staatlichen Eigentums und der Verlust der Souveränität. Ungeachtet der verbalen Angriffslust, war das Hauptziel dieser Strategie, den eigenen Besitzstand zu verteidigen und sich gegen die Konkurrenz mit einer ähnlichen Botschaft und die emotionale Demobilisierung der Wählerschaft abzusichern.

Aus dem Widerstand gegen diese Strategie ergab sich ein gemäßigteres Konzept, das in der ursprünglichen *PiS* (2001–2005) sehr prägend gewesen war: Dem gemäß wurde die Krankheit des politischen Lebens stärker aus der Perspektive des konservativen Bürgertums diagnostiziert und die Vorwürfe betrafen eher allgemeine Verfehlungen wie Unfähigkeit oder Unehrlich-

keit und nicht politische Todsünden wie »Schande« und »Verrat«. Diese Strategie, die darauf zielte, die in den Jahren 2005 bis 2007 verlorenen Wähler aus der Mitte wiederzugewinnen, hatte ihre Fürsprecher unter den Politikern von *PiS*, die dem gemäßigten Flügel angehören. Das Dilemma, ob um den Wähler in der Mitte gekämpft werden sollte oder ob mit einer radikalen Botschaft die Entstehung von Gruppierungen rechts von *PiS* verhindert werden sollten, war mit dem Problem der innerparteilichen Beziehungen verknüpft.

Die Debatte über die Gründe des Misserfolgs und über alternative Strategien sowie über die Entwicklung von Strategien im Rahmen von Diskussionen und nicht als Diktat des Parteiführers ging in den folgenden Jahren weiter. Dies äußerte sich in Form von inneren Brüchen und Austritten prominenter Politiker, an der Spitze die Vize-Vorsitzenden der Partei, die eigene politische Initiativen zu entwickeln suchten. Zu solchen Versuchen kam es nach den Wahlen von 2007, doch blieben die Bemühungen erfolglos. Gleichzeitig wurden 2008/2009 erneut Versuche unternommen, *PiS* in Richtung Mitte zurückzulenken. Es fehlte allerdings immer die notwendige Konsequenz und die eindeutige Identifizierung konkreter Personen mit dieser Strategie.

Personalisierung

Ein wichtiger Faktor des Geschehens war, dass der nach dem Wahlsieg von 2005 zunächst berufene Ministerpräsident nicht der Parteivorsitzende war. Hintergrund waren laut gewordene Zweifel hinsichtlich der Besetzung des Amtes des Staatspräsidenten und des Ministerpräsidenten mit zwei so eng verwandten Politikern wie den Zwillingenbrüdern Lech und Jarosław Kaczyński sowie die Strategie einer eventuellen Zusammenarbeit mit der *PO*. Das Amt des Vorsitzenden des Ministerrats übernahm Kazimierz Marcinkiewicz, ein zu der Zeit noch unbekannter Abgeordneter, der blitzschnell auf der Sympathieskala in die Höhe schnellte. Der beliebte Ministerpräsident trug bedeutend zur Unterstützung der Regierung und von *PiS* in der Anfangsphase der Wahlperiode bei. Interne Spannungen, insbesondere Ängste, dass Marcinkiewicz eine selbständige Position in der Partei besetzen könnte, führten dann zu seiner Absetzung als Ministerpräsident auf dem Gipfel seiner Popularität und zur Übernahme des Amtes durch Jarosław Kaczyński im Juli 2006.

Von diesem Moment an begann sich *PiS* viel stärker als bisher auf seine Führungsperson, den Ministerpräsidenten, zu konzentrieren. Er war das Gesicht des Wahlkampfes 2007 und repräsentierte die Partei in öffentlichen Debatten mit dem Protagonisten der Linken, dem ehemaligen Staatspräsidenten Aleksander Kwaśniewski, und mit Donald Tusk. Diese Debat-

ten, vor allem letztere, waren entscheidende Stationen des Wahlkampfes.

Die Konzentration um die Führungsperson verringerte sich nach den verlorenen Wahlen nicht. Dies hing mit den internen Reaktionen und dem Schlüsselerlebnis zusammen, das eine Niederlage für jede Organisation darstellt. Hier meldeten sich auch Erfahrungen aus dem ersten Jahrzehnt der Demokratie wieder. Die Antwort auf die Gefahr der Degenerierung und des Zerfalls der Partei waren die Stärkung der Macht der Führungsperson und die Eindämmung der Diskussion innerhalb der Partei über die Ursachen der Niederlage. Indem nicht zugelassen wurde, die Führung von Jarosław Kaczyński in Frage zu stellen und ihn für die Niederlage verantwortlich zu machen, sollte die Gefahr des vollständigen Auseinanderbrechens der Partei umgangen werden. Dass einzelne Politiker des gemäßigten Flügels die Partei verließen, wurde in dieser Situation als geringeres Übel betrachtet. Tatsache ist, dass trotz solcher Schwächungen die Umfragewerte für *PiS* nicht sanken, sie andererseits trotz sinkender Bewertungen des Ministerpräsidenten und der Regierung aber auch nicht stiegen.

Die allgemeine Diskussion über die persönliche Verantwortung und die Führungsqualitäten von Jarosław Kaczyński war insofern wesentlich, als die Schwäche des Vorsitzenden von *PiS* ein Aspekt wurde, auf den die *PO* ihren Erfolg in den Wahlen 2007 aufbaute. An erster Stelle bezog man sich auf seine Biographie und frühere erfolglose politische Initiativen, die als eine Serie von Konflikten und Niederlagen dargestellt wurden, zweitens auf Aspekte seiner persönlichen Situation und physische Eigenschaften. Das wichtigste Element, das alles dies zusammenband, war die Art seiner Kommunikation und Argumentation mit der Tendenz zu emotionalen Anschuldigungen, zu ungefähren Äußerungen und Übertreibungen. Diese Eigenschaften erlaubten den Gegnern, den *PiS*-Vorsitzenden zu karikieren. Eine solche Darstellung der Partei wurde von ihren Anhängern und Sympathisanten als Missbrauch, Ungerechtigkeit und als Element eines schmutzigen politischen Spiels betrachtet. Jedoch ermunterte die Benennung dieses Phänomens, an der Kaczyński selbst teilnahm, den politischen Gegner in noch größerem Maß zur Anwendung dieser Strategie. Die Gereiztheit und die an die Gegner gerichteten emotionalen Manipulationsvorwürfe lassen sich als Verbissenheit auffassen und als Neigung, in Streit und Übertreibung zu entgleiten.

Ein Element, das es erschwerte, eine rationale Strategie zu finden, war die formal gesehen nützliche Tatsache, dass Lech Kaczyński nach den Parlamentswahlen das Amt des Staatspräsidenten beibehielt. Die Regierung übernahmen Vertreter der *PO* und Ministerpräsident wurde Donald Tusk, der von Lech Kaczyński

in den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2005 besiegt worden war. Dies führte zu einer Beziehung zwischen dem Staatspräsidenten und dem Ministerpräsidenten, in der der Präsident zum Oppositionsführer gegenüber der Regierung wurde und gleichzeitig versuchte, in den Augen der öffentlichen Meinung die Rolle des Schiedsrichters zu bewahren. Im Ergebnis führte dies zu beiderseitigen Spannungen, die sich als schädlich für das Land auf der internationalen Bühne bewerten lassen, wobei sich beide Seiten dafür die Schuld gaben.

Die Flugzeugkatastrophe von Smolensk

Die komplizierten Beziehungen zwischen dem Staatspräsidenten und seinem Bruder auf der einen und Donald Tusk auf der anderen Seite erreichten ihren Höhepunkt im Zusammenhang mit der Flugzeugkatastrophe von Smolensk im April 2010. Diese belastete in den folgenden Jahren die polnische Politik in einem unvergleichlichen Ausmaß und verfestigte gleichzeitig die ohnehin tiefen emotionalen Spaltungen im politischen Leben Polens. Das Kräfteverhältnis, das sich im Jahr 2007 herausgebildet hatte, ist eine Umgestaltung der bisherigen Lagerbildung, wie sie nach 1990 entstand, in eine kaum vorhersehbare Form. Im Rahmen dieser tief emotionalen Spaltung versucht jede der beiden wichtigsten politischen Kräfte, die Identität ihres eigenen Lagers in einer Weise aufzubauen, die den Gegner in eine unkomfortable Lage bringt. Auf der einen Seite steht das Lager des »patriotischen Polen«, das den Gegnern einen Mangel an Patriotismus vorwirft, auf der anderen Seite das Lager des »zivilisierten Polen«, das den anderen einen Mangel an Zivilisiertheit zuschreibt.

Tatsache ist, dass *PiS* beim Flugzeugunglück von Smolensk den Staatspräsidenten und eine Reihe prominenter Politiker des eigenen Lagers verloren hat. Obgleich auch Vertreter der anderen politischen Kräfte tödlich verunglückt sind, an der Spitze der Kandidat der Linken für das Amt des Staatspräsidenten, Jerzy Szmajdzński, haben doch die Ereignisse, die in den Monaten nach dem Unglück auftraten, besondere Bedeutung für die Identität von *PiS* als Partei und für die Wahrnehmung der Partei durch den politischen Gegner. Zunächst schien es, dass die Katastrophe zur Aufhebung der bisherigen Spaltungen führen würde, doch schon nach wenigen Tagen zeigte sich, dass die Spaltungen eine Erneuerung und Vertiefung erfuhren. Eine Schlüsselbedeutung hatten hier die Schuldzuweisung bezüglich der politischen Verantwortung für die Katastrophe und die Ausnutzung des Unglücks für die eigenen politischen Ziele.

All dies schlug sich in einer weiteren Unbeständigkeit der Strategie und einer weiteren Prüfung für den inneren Zusammenhalt von *PiS* nieder. In den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen (2010) siegte die Strategie,

die Botschaft zu entschärfen und sie an die noch unentschlossenen Wähler zu richten. Diese Strategie führte zu einem deutlichen Anstieg der Unterstützung für *PiS*. Ungeachtet der zunächst besseren Umfrageergebnisse hatten die Gegner von *PiS* deutlich Angst hinsichtlich des Wahlergebnisses. Letztendlich hat diese Strategie aber nicht zu einem Wahlsieg geführt. Nichtsdestotrotz lässt sich das Ergebnis auf zweierlei Weise interpretieren: entweder als großer Erfolg in Hinblick auf die Übernahme der Regierungsverantwortung nach der nächsten Parlamentswahl oder als Niederlage und als Verlust der Chance auf einen Sieg, der angeblich mit radikaleren Botschaften möglich gewesen wäre.

Nach der Präsidentschaftswahl wurde die »Strategie der Mitte« aufgegeben und vom Parteivorsitzenden diskreditiert. Angehörige des gemäßigten Flügels wurden aus der Partei herausgedrängt. Wieder einmal entstand eine mit *PiS* konkurrierende Partei und wieder erwies sie sich als zu schwach, um die Position von *PiS* als einziger konservativer Kraft in der Opposition zu gefährden. Trotzdem traten in der Partei abermals eine innere Erschütterung und eine Radikalisierung der Botschaften zutage. Dies wiederum führte in den Selbstverwaltungswahlen im Jahr 2010 zu dem seit 2004 schlechtesten Wahlergebnis.

Das ständige Dilemma

Bei den Parlamentswahlen 2011 wurde ohne laute Ankündigung wieder auf die Strategie zurückgegriffen, dass Jarosław Kaczyński eher die Inkompetenz der Regierung als ihren »verbrecherischen« Charakter hervorhob und er sich als normale Opposition, die eine ungewöhnlich untalentierte Regierung ablösen will, darstellte. Diese Strategie führte zu einem Anstieg der Zustimmung zu *PiS*, allerdings wurde sie nicht konsequent angewendet. Einige Aussagen Kaczyńskis erlaubten den Gegnern, seine Strategie als unecht anzuzweifeln, die das wahre Gesicht des Parteivorsitzenden maskiert. Trotz der steigenden Umfragewerte gegenüber der vorangegangenen Krise erlitt die Partei mit einer etwas geringeren Wählerunterstützung als vier Jahre zuvor eine erneute Niederlage. Abermals war das Ergebnis der inneren Spannungen infolge der Wahlniederlage, dass eine Gruppe von Politikern *PiS* verließ. Dieses Mal handelte es sich um Personen, die dem Mainstream der Partei näher waren, an der Spitze Zbigniew

Ziobro, der als Kandidat für den stellvertretenden Vorsitz im Gespräch war. Noch vor der ersten Sitzung des neu gewählten Sejm kam es zum Bruch.

Das folgende Jahr brachte weitere Wechsel und weitere Spannungen mit sich, bei denen sich Annäherungen an den radikalen Flügel und in Richtung Mitte abwechselten. Die Hinwendung zur Mitte, verbunden mit der Aufstellung eines Schattenkandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten scheint die Stärke der »Mitte-Strategie« zu bestätigen, insbesondere nach einer Serie von Pannen der Regierung und der Koalitionsparteien. Ob sich allerdings der aktuelle Stand bis zu den Parlamentswahlen (2015) halten wird, ist nicht vorhersehbar. Die emotionale Reaktion Jarosław Kaczyńskis auf die Pressemeldungen, dass im Wrack des in Smolensk abgestürzten Flugzeugs Sprengstoff gefunden worden sei, mobilisierte wieder einmal die ihm gegenüber ablehnend eingestellte Wählerschaft und konzentrierte sie um die regierende *PO*.

Auf der Grundlage der bisherigen Geschichte von *PiS* lässt sich schließen, dass sich die internen Spannungen im Zusammenhang mit der Aufrechterhaltung der Einheit und dem Balanceakt zwischen dem radikalen und dem gemäßigten Flügel wiederholen können. Sie können zur Schwächung der Position von *PiS* führen, wenn man die Rolle von Jarosław Kaczyński genauer mit einbezieht – ohne ihn kann *PiS* nicht überleben und mit ihm nicht gewinnen. Fehlende Ideen, wie sich ein Gleichgewicht zwischen den beiden Flügeln herstellen ließe, die stark ablehnende Haltung gegenüber dem Parteiführer in der Wählerschaft und dessen persönlichen Schwächen können sich als unüberwindbare Belastung erweisen.

Denkbar ist aber auch, dass sich nach Jahren des Misserfolgs ein Gleichgewicht zwischen beiden Flügeln herstellen lässt, welches der Partei in zukünftigen Wahlen den Sieg einbringen wird. Zweifellos ist *PiS* die größte Oppositionspartei. Sie hat ihre etablierte Parteibasis und ihren Kader. Die regierende *PO* erlebt zurzeit eine Krise der eigenen Überlegenheit, insbesondere weil auf der heimischen Wirtschaft immer stärker die europäische Krise lastet. Dies sind wichtige Ausgangsbedingungen, wenn man sich einen Wechsel in den bevorstehenden Wahlen zutrauen will.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

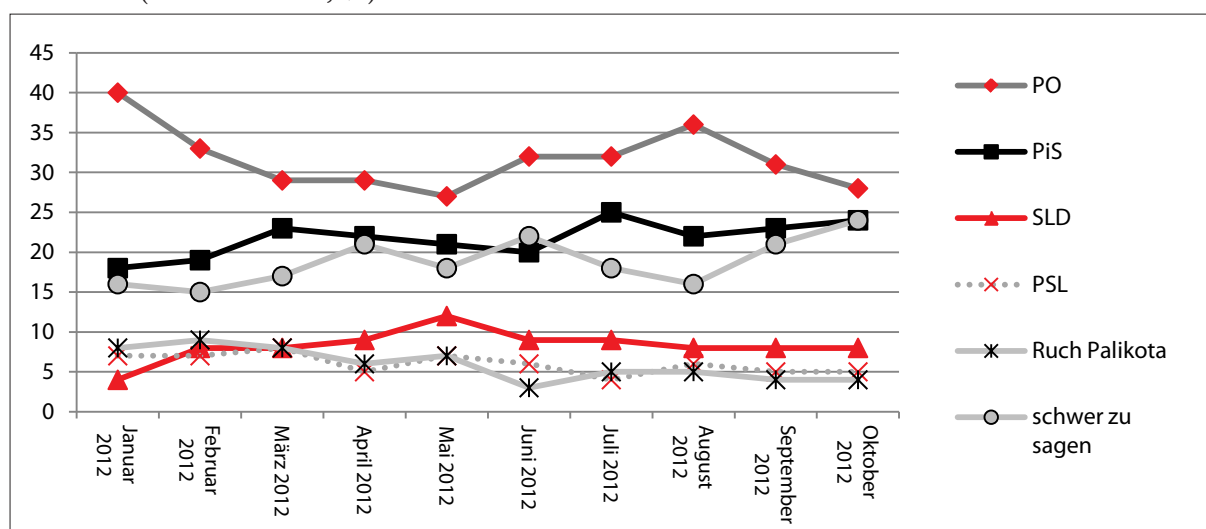
Über den Autor

Dr. Jarosław Flis ist Soziologe am Institut für Journalistik und gesellschaftliche Kommunikation an der Jagiellonen-Universität in Krakau (Uniwersytet Jagielloński, Kraków). Seine Forschungsschwerpunkte sind Public Relations, Soziologie der Politik und Verwaltung öffentlicher Institutionen. Er verfasst regelmäßig Beiträge und Kommentare u. a. für die Zeitungen *Gazeta Wyborcza*, *Rzeczpospolita*, *Tygodnik Powszechny* sowie für die Fernsehsender TVP und TVN.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

»Welche Partei würden Sie wählen?«

Grafik 1: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Wahl wäre? (Oktober 2012, %)



Anm.: Parteien, die zumindest zeitweise die 5%-Hürde erreichen würden; berücksichtigt wurden die Antworten derer, die angeben, zur Wahl gehen zu wollen.

Quelle: CBOS BS/135/2012 Preferencje partyjne w październiku [Parteipräferenzen im Oktober]. Warszawa, 10/2012. www.cbos.pl
 PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform; PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; SLD – Sojusz Lewicy Demokratycznej/Demokratische Linksallianz; PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei; Ruch Palikota/Palikota-Bewegung

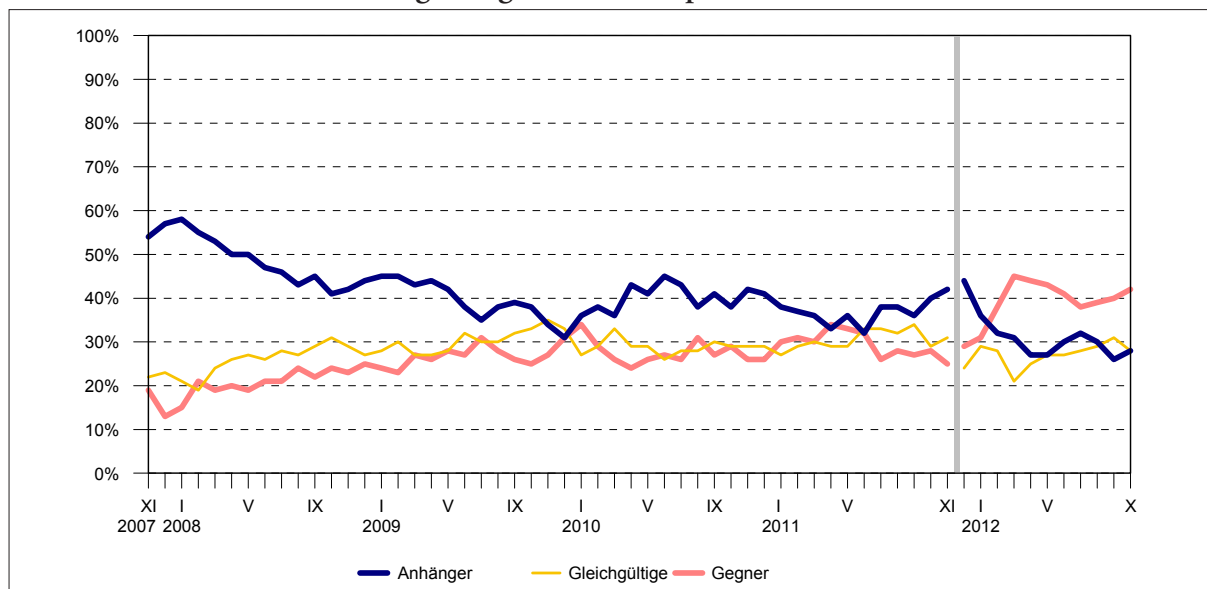
Tabelle 1: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Wahl wäre? (2012, %)

	01/2012	02/2012	03/2012	04/2012	05/2012	06/2012	07/2012	08/2012	09/2012	10/2012
PO	40	33	29	29	27	32	32	36	31	28
PiS	18	19	23	22	21	20	25	22	23	24
SLD	4	8	8	9	12	9	9	8	8	8
PSL	7	7	8	5	7	6	4	6	5	5
Ruch Palikota	8	9	8	6	7	3	5	5	4	4
Solidarna Polska	2	3	3	4	3	3	3	2	3	3
Nowa Prawica Janusza Korwin-Mikkego	2	2	2	3	2	1	1	2	1	1
PPP	0	1	0	0	0	1	0	1	0	1
PJN	1	2	0	1	1	1	2	1	2	0
Prawica Rzeczypospolitej	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0
andere	1	2	1	1	2	1	1	1	1	2
schwer zu sagen	16	15	17	21	18	22	18	16	21	24

Anm.: Berücksichtigt wurden die Antworten derer, die angeben, zur Wahl gehen zu wollen.

Quelle: CBOS BS/135/2012 Preferencje partyjne w październiku [Parteipräferenzen im Oktober]. Warszawa, 10/2012. www.cbos.pl
 PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform; PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; SLD – Sojusz Lewicy Demokratycznej/Demokratische Linksallianz; PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei; Ruch Palikota/Palikota-Bewegung; Solidarna Polska Zbigniewa Ziobry – Solidarisches Polen von Zbigniew Ziobro; Nowa Prawica Janusza Korwin-Mikkego – Neue Rechte von Janusz Korwin-Mikke; PPP – Polska Partia Pracy/Polnische Arbeitspartei; PJN – Polska Jest Najważniejsza/Polen ist am Wichtigsten; Prawica Rzeczypospolitej – Rechte der Republik

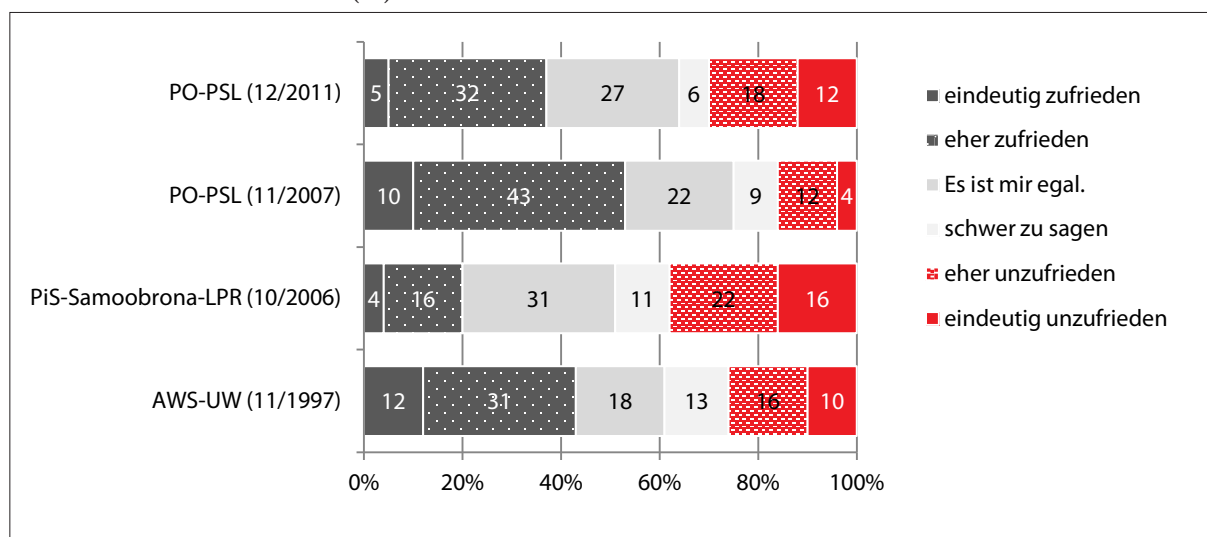
Grafik 2: Das Verhältnis zur Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk



Anm.: Ab Dezember 2011 beziehen sich die Antworten auf die zweite Amtszeit von Ministerpräsident Donald Tusk. Die Antwort »schwer zu sagen« wurde nicht berücksichtigt.

Quelle: CBOS BS/138/2012 Stosunek do rządu [Das Verhältnis zur Regierung]. Warszawa, 10/2012. www.cbos.pl

Grafik 3: Sind Sie im Allgemeinen zufrieden mit der Bildung/Fortsetzung der Regierungskoalition aus...? (%)



PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform; PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei; PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; Samoobrona/Selbstverteidigung; LPR – Liga Polskich Rodzin/Liga der Polnischen Familien; AWS – Akcja Wyborcza Solidarność/Wahlaktion Solidarność; UW – Unia Wolności/Freiheitsunion

Quelle: CBOS BS/164/2011 Nowa-stara koalicja rządowa [Die neue alte Regierungskoalition]. Warszawa, 12/2011. www.cbos.pl

Tabelle 2: Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Wahl wäre? (%)

	PiS	PO	Wahlergebnis der Parlamentswahl PiS	Wahlergebnis der Parlamentswahl PO
01/2005	18	26		
03/2005	16	22		
06/2005*	23	20		
09/2005**	27	33	26,99	24,14
12/2005	39	30		
03/2006	33	29		
06/2006	26	31		
09/2006	26	29		
12/2006	27	30		
03/2007	24	30		
06/2007	27	29		
09/2007	30	28		
10/2007***	34	39	32,11	41,51
12/2007	22	50		
03/2008	22	49		
06/2008	19	45		
09/2008	19	41		
12/2008	18	43		
03/2009	20	42		
06/2009	17	38		
09/2009	20	41		
12/2009	24	36		
03/2010	23	39		
06/2010	28	42		
07/2010	30	40		
08/2010	29	41		
09/2010	23	43		
12/2010	21	41		
03/2011	18	35		
06/2011	22	34		
09/2011	20	37		
10/2011	20	34	29,89	39,18
12/2011	21	43		
03/2012	23	29		
06/2012	20	32		
09/2012	23	31		

*Die Frage lautete: Wen wollen Sie bei den Parlamentswahlen am 25. September 2005 wählen?

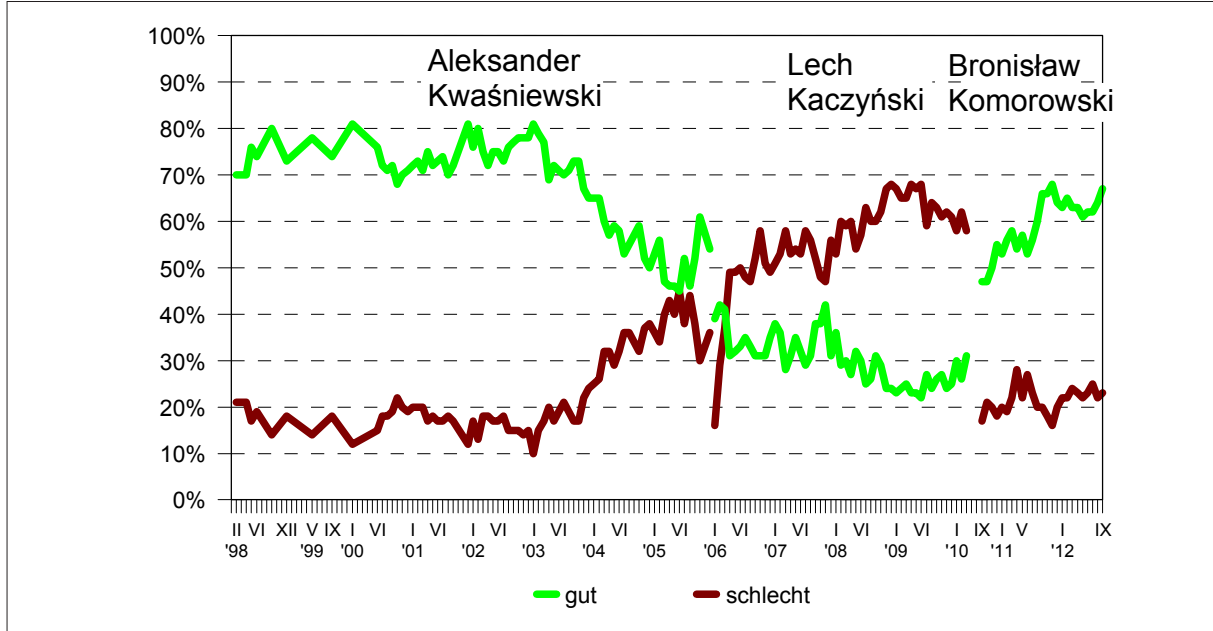
**1 Woche vor den Sejm- und Senatswahlen 2005

***1 Woche vor den Sejm- und Senatswahlen 2007

PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform

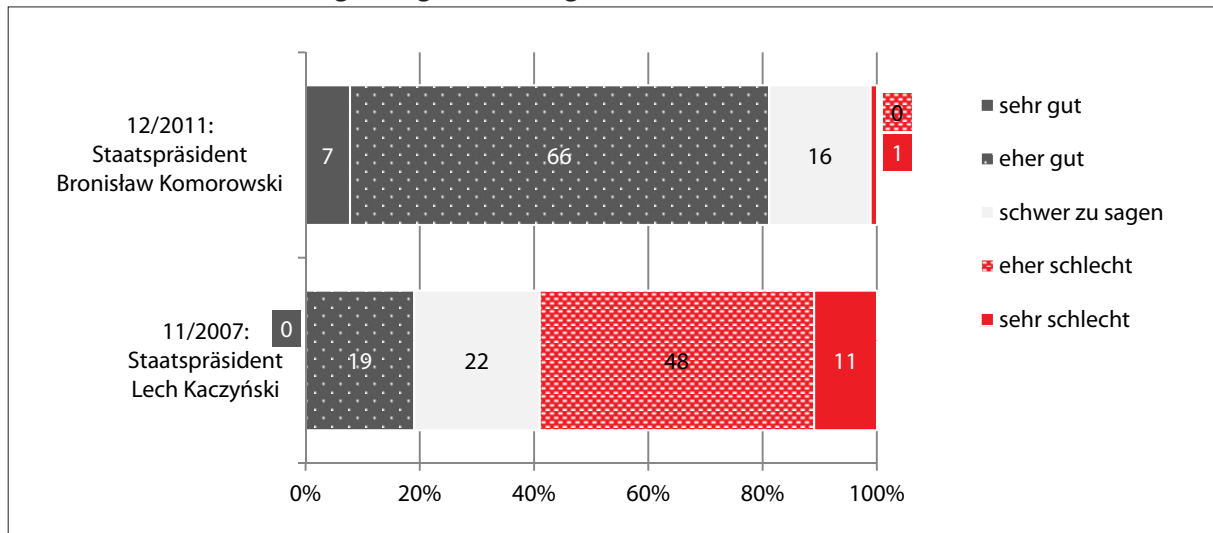
Quellen: CBOS BS/103/2005 Preferencje partyjne w czerwcu [Parteipräferenzen im Juni]. Warszawa, 06/2005; CBOS BS/191/2005 Preferencje partyjne w grudniu [Parteipräferenzen im Dezember]. Warszawa, 12/2005; CBOS BS/96/2006 Preferencje partyjne w czerwcu [Parteipräferenzen im Juni]. Warszawa, 06/2006; CBOS BS/185/2006 Preferencje partyjne w grudniu [Parteipräferenzen im Dezember]. Warszawa, 12/2006; CBOS BS/140/2007 Preferencje partyjne w wrześniu [Parteipräferenzen im September]. Warszawa, 09/2007; CBOS BS/2/2008 Preferencje partyjne w styczniu [Parteipräferenzen im Januar]. Warszawa, 01/2008; CBOS BS/156/2008 Preferencje partyjne w październiku [Parteipräferenzen im Oktober]. Warszawa, 10/2008; CBOS BS/113/2009 Preferencje partyjne w sierpniu [Parteipräferenzen im August]. Warszawa, 08/2009; CBOS BS/84/2010 Preferencje partyjne w czerwcu [Parteipräferenzen im Juni]. Warszawa, 06/2010; CBOS BS/41/2011 Preferencje partyjne w kwietniu [Parteipräferenzen im April]. Warszawa, 04/2011; CBOS BS/157/2011 Preferencje partyjne w grudniu [Parteipräferenzen im Dezember]. Warszawa, 12/2011; CBOS BS/135/2012 Preferencje partyjne w październiku [Parteipräferenzen im Oktober]. Warszawa, 10/2012; www.cbos.pl

Grafik 4: Die Bewertung des Staatspräsidenten



Quelle: CBOS BS/128/2012 Oceny instytucji publicznych [Bewertungen öffentlicher Institutionen]. Warszawa, 09/2012. www.cbos.pl

Grafik 5: Wie wird sich die Zusammenarbeit zwischen dem Staatspräsidenten und der PO-PSL-Regierungskoalition gestalten? (%)



PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform; PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei

Quelle: CBOS BS/164/2011 Nowa-stara koalicja rządowa [Die neue alte Regierungskoalition]. Warszawa, 12/2011. www.cbos.pl

Vom 6. bis zum 19. November 2012

06.11.2012	Der Kandidat von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) für das Amt des Ministerpräsidenten, Piotr Gliński, distanziert sich von der These, dass das Flugzeugunglück von Smolensk (April 2010) die Folge eines Anschlags gewesen sei. Diese These vertritt der Vorsitzende von PiS, Jarosław Kaczyński, nach einem Bericht in der Tageszeitung »Rzeczpospolita«, der sich jedoch als Falschinformation erwiesen hatte. Daraufhin wurden der Chefredakteur der Zeitung sowie weitere Redakteure entlassen. Als Hypothese sollte die Idee aber im Rahmen der Aufklärung des Absturzes Beachtung finden, so Gliński. Der Bericht des Untersuchungsausschusses zum Flugzeugabsturz (der sog. Miller-Kommission) könne nicht ernsthaft als Aufklärung betrachtet werden.
07.11.2012	Ministerpräsident Donald Tusk gratuliert US-Präsident Barack Obama zu seiner Wiederwahl. Die kommenden vier Jahre seien eine Gelegenheit, den Dialog zwischen beiden Ländern zu intensivieren. Tusk hebt außerdem die engen Beziehungen zwischen beiden Ländern hervor.
08.11.2012	Nach Angaben von Staatspräsident Bronisław Komorowski wurde auf der Sitzung des Rates für Nationale Sicherheit (Rada Bezpieczeństwa Narodowego – RBN) über die Möglichkeit diskutiert, dass Faktoren außerhalb Polens die öffentliche Debatte über die Flugzeugkatastrophe von Smolensk (April 2010) in Polen auf destruktive Weise beeinflussen. Eingbracht hatte diesen Aspekt Zbigniew Ziobro, Mitglied des RBN und Vorsitzender von Solidarische Polen von Zbigniew Ziobro (Solidarna Polska Zbigniewa Ziobra – SP). Komorowski teilt mit, dass er Institutionen aus dem Umfeld des Innenministeriums um entsprechende Informationen ersucht hat. Außerdem soll Generalstaatsanwalt Andrzej Seremet bei der nächsten Sitzung des RBN Auskunft geben, ob es eventuell Verdächtigungen hinsichtlich eines Anschlags auf das abgestürzte Flugzeug gibt. Zwar halte er diese Meinung für unbegründet, doch müsse ihr nachgegangen werden.
09.11.2012	Ministerpräsident Donald Tusk kündigt im Sejm an, dass der europäische Fiskalpakt auf der nächsten Sitzung des Sejm akzeptiert und zur Ratifizierung frei gegeben werden solle. Eine schnelle Annahme des Fiskalpakts bedeute, dass Polen bei Gesprächen über die Zukunft der Eurozone dabei sein werde, und dies entspreche dem Wunsch Polens, in der Mitte Europas zu sein. Für die Verhandlungen des EU-Haushalts 2014–2020, bei denen Polen 400 Mrd. Euro für sich aushandeln will, ruft Tusk zu überparteilicher Geschlossenheit auf.
10.11.2012	Der Pressesprecher von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Artur Hofman, teilt mit, dass der Parteivorsitzende Jarosław Kaczyński und das Führungsgremium von PiS am Nationalfeiertag der Unabhängigkeit (11.11.1918) Kränze am Grab von Staatsgründer Józef Piłsudski und von Lech Kaczyński (Staatspräsident 2005–2010) auf dem Wawel in Krakau niederlegen werden. Jarosław Kaczyński wird nicht an den geplanten Demonstrationen zum Tag der Unabhängigkeit in Warschau teilnehmen.
11.11.2012	Auf der Hauptkundgebung zum Nationalfeiertag der Unabhängigkeit (11.11.1918) ruft Staatspräsident Bronisław Komorowski in Warschau zu mehr Respekt gegenüber dem politischen Gegner auf. Das politische Leben in Polen sei übermäßig durch Streit vergiftet. Es gebe nur ein Polen, deshalb sollte man sich nicht gegenseitig verfluchen und ausschließen. An der sich anschließenden Demonstration unter dem Motto »Gemeinsam für das Unabhängige [Polen – Anm.d.Red.]« nehmen nach Angaben des Fernsehsenders TVP Info zirka 10.000 Personen teil. Während des von rechten Gruppierungen organisierten »Marsches der Unabhängigkeit« kam es zu Zusammenstößen zwischen Teilnehmern und der Polizei.
12.11.2012	Der Generalsekretär der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), Krzysztof Gawkowski, fordert das Verbot der rechtsextremen Organisationen Nationalradikales Lager (Obóz Narodowo-Radykalny – ONR) und Allpolnische Jugend (Młodzież Wszechpolska) nach den Ausschreitungen am Nationalfeiertag der Unabhängigkeit (11.11.).
13.11.2012	Nach Einschätzung von Innenminister Jarosław Gowin ist ein Verbot der rechtsextremen Organisationen Nationalradikales Lager (Obóz Narodowo-Radykalny – ONR) und Allpolnische Jugend (Młodzież Wszechpolska) nicht notwendig. Es bestehe nicht die Gefahr einer faschistischen oder extrem nationalistischen Radikalisierung in Polen, da es einen starken konservativen Flügel in Polen gebe.
14.11.2012	In Berlin finden die deutsch-polnischen Regierungskonsultationen unter dem Vorsitz von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Ministerpräsident Donald Tusk statt. Thematisiert werden u. a. der EU-Haushalt 2014–2020 und die militärische Zusammenarbeit.
15.11.2012	Ministerpräsident Donald Tusk spricht mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, dem Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, und dem Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, über den EU-Haushalt 2014–2020. Laut Tusk ist es wichtig, weniger Budgetkürzungen vorzunehmen und mehr Ausgaben für die Kohäsionspolitik einzuplanen.

16.11.2012	In Warschau findet ein Treffen der Landwirtschaftsminister der Visegrád-Gruppe (Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn) und der Ressortchefs aus Rumänien, Slowenien und Bulgarien statt. Die Minister sprechen sich gegen die Vorschläge der zyprischen EU-Ratspräsidentschaft und des Präsidenten des Europäischen Rates aus, die Ausgaben für die EU-Landwirtschaft zu kürzen. In der kommenden Woche soll eine gemeinsame Stellungnahme der Länder vorgelegt werden.
17.11.2012	Auf dem Parteitag der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) wird Janusz Piechociński mit 547 Stimmen zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Der bisherige Vorsitzende, Wirtschaftsminister Waldemar Pawlak, unterliegt mit 530 Stimmen. Pawlak kündigt seinen Rücktritt als Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident an.
18.11.2012	In einem Interview mit der Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« spricht sich Wirtschaftsminister Waldemar Pawlak gegen die Überlegung des neu gewählten Parteivorsitzenden der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL), Janusz Piechociński, aus, dass der Parteichef nicht gleichzeitig der Regierung angehören sollte. Pawlak war am Vortag als PSL-Vorsitzender abgelöst worden.
19.11.2012	Waldemar Pawlak, Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident, reicht Ministerpräsident Donald Tusk sein Rücktrittsgesuch ein. Hintergrund ist seine Niederlage bei der Wahl des Parteivorsitzenden der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) vor zwei Tagen.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde in Partnerschaft mit dem Willy Brandt Zentrum für Deutschland- und Europastudien an der Universität Wrocław herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. 1987 wurden die Kultusminister der Länder und 2011 das Auswärtige Amt weitere institutionelle Träger. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 60.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2012 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen